

# Nein zum PPP-Modell für das Stadtmuseum!

## Bürgerinitiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ startet Bürgerbegehren

Am 20.11.2014 hat die Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit beschlossen, ein vom Investor und Projektentwickler OFB zu errichtendes Ausstellungsgebäude für 30 Jahre als Stadtmuseum anzumieten. Weder die verantwortlichen Dezernenten, noch Bürgermeister und OB stellten sich den kritischen Fragen der Opposition zur Finanzierung des Projekts. Wo die Mittel herkommen, wo gekürzt und eingespart werden soll, wird nach dem Konzept der Großen Koalition erst bekannt, wenn der Mietvertrag abgeschlossen ist.

Wir wenden uns entschieden gegen dieses Private-Public-Partnership-Projekt (PPP), weil dadurch den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern auf Jahrzehnte hinaus hohe Folgekosten aufgebürdet werden. Die künftigen Gestaltungsmöglichkeiten in kulturellen, sozialen und anderen Bereichen des städtischen Haushalts drohen deutlich eingeschränkt zu werden.



Entwurf von Bertuleit/Töpfer, Berlin, 2007

### Zur Vorgeschichte

Seit 1986 wird in Wiesbaden über die Gründung eines Stadtmuseums diskutiert.

**2007** gab es einen Architektenwettbewerb, aus dem der Entwurf von Töpfer/Bertuleit als Sieger hervorging. Allerdings stellte sich heraus, dass seine Verwirklichung selbst in reduzierter Form die vorgesehenen Kosten (19,5 Mio. €, davon 5 Mio. € Landeszuschuss) um ca. 10 Mio. € übersteigen würde. Das wurde damals als zu teuer befunden!

Endgültig zurückgestellt wurde das Projekt, als 2009 im Zusammenhang mit dem Neubau der Rhein-Main-Hallen das fürs Museum vorgesehene Grundstück als Standort ins Gespräch gebracht wurde.

**2012** beauftragte das Stadtparlament den Magistrat, nach Möglichkeiten der Kostenreduzierung zu suchen, um den Kostenrahmen von 19,5 Mio. € einzuhalten.

**2013** Die Stadt verkauft das fürs Museum vorgesehene Grundstück an der Wilhelmstraße zum Preis von 14,5 Mio. € – ohne weitere Bedingungen an die Be-

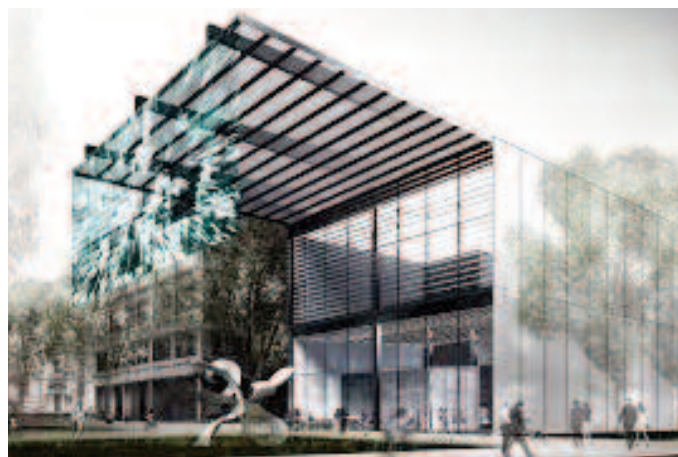
bauung zu stellen – an die OFB-Projektentwicklungsgesellschaft. Der Verkauf – zu einem Preis unter dem Marktwert – wurde damit begründet, dass man das Geld für den Neubau der Carl-von-Ossietzky-Schule benötige und es nur so bekommen könne. Allerdings soll nur die Hälfte des Verkaufserlöses für den Schulneubau verwendet werden.



**2014** Die OFB stellt einen neuen Entwurf des renommierten Architekten Helmut Jahn vor: Er zeigt eine Stahl-Glas-Hülle, ist aber im Inneren mit neun Meter hohen Decken nicht auf die Anforderungen eines historischen Museums zugeschnitten. Außerdem ist die Fläche um 1200 qm kleiner als die des 2009 geplanten Museums. Es soll auf rund einem Drittel des Grundstücks gebaut und seitens der Stadt für 30 Jahre von der OFB angemietet werden. Mit diesem Konstrukt will man eine europaweite Ausschreibung des Projekts umgehen. Der nach öffentlichen Richtlinien ordnungsgemäß durchgeführte Architektenwettbewerb des Jahres 2007 mit 40 eingereichten Wettbewerbsbeiträgen samt ausgearbeitetem Siegerentwurf und weitere Vorplanungen sind damit wertlos – obwohl dafür insgesamt etwa 3 Mio. € ausgegeben wurden.

### Mietbedingungen für das „Ausstellungsgebäude“

Es ist mehr als umstritten, ob das Jahn-Gebäude in seinen städtebaulichen, architektonischen und funktionalen Qualitäten den Anforderungen an das Stadtmuseum genügen kann – der Gestaltungsbeirat der Stadt hat sich jedenfalls ablehnend geäußert. Der Architekt Jahn nennt es ein „Ausstellungsgebäude“, in dem man ein Museum einrichten könne.



Entwurf von Helmut Jahn 2013

Rund 3 Mio. € muss die Stadt zusätzlich für die Innenausstattung des Museums aufbringen. Auch deren Finanzierung ist im Haushalt derzeit nicht sichergestellt. Die 5 Mio € Baukostenzuschuss des Landes gehen direkt an die OFB.

Für 1,89 Mio. € jährlich soll das Gebäude über 30 Jahre angemietet werden. Ändert sich der Verbraucherpreisindex um mehr als 5 Prozentpunkte, wird die Miete angepasst. Fast 70 Mio. € Gesamt-Kaltmiete müssen nach einer Berechnung der Stadtkämmerei vom Oktober 2014, die den Verlauf des Verbraucherpreisindex in den letzten 10 Jahre zugrunde legte, gezahlt werden.

Auf 4 bis 5 Mio. € jährlich addieren sich Miete und laufende Betriebs-, Personal- und Ausstellungskosten. Für weitere 5,6 Mio. € kann die Stadt Grundstück und Gebäude nach 30 Jahren an- bzw. zurückkaufen.

### ***Folgen für den städtischen Haushalt***

Wer die Haushaltslage der Stadt Wiesbaden und die schon beschlossenen Großprojekte kennt, fragt sich sofort, woher dieses Geld kommen soll.

Die Stadt schreckt vor Kürzungen im Kulturbereich nicht zurück. Es könnte aber durchaus auch sogenannte „freiwillige Leistungen“, beispielsweise in der Bildung, im Sozialbereich oder der Sportförderung treffen. Anstatt das „Wir-Gefühl“ der BürgerInnen in ihrer Stadt zu fördern, droht Schaden für das soziale Miteinander.

### ***Für einen Kulturentwicklungsplan***

Vor diesem Hintergrund haben sich die im Arbeitskreis Stadtkultur engagierten Kulturschaffenden bereits in einem Offenen Brief zu Wort gemeldet und fordern Rechenschaft über die finanziellen Auswirkungen auf den Kulturbereich. Sie rechnen mit erheblichen Einschränkungen und existenzbedrohenden Auswirkungen vor allem für kleine Kultureinrichtungen und -aktivitäten. Sie verlangen vor einer Beschlussfassung zum Stadtmuseum die Erstellung eines **Kulturentwicklungsplans** für Wiesbaden, um Arbeitsplätze zu sichern und ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement nicht zu entwerten.

Auch die oft geäußerte Befürchtung, dass bei Ablehnung des Mietmodells keine Mittel für den Neubau der Ossietzky-Schule zur Verfügung stünden, ist gegenstandslos: Die OFB ist in ihrer Bebauungsentscheidung nicht vertraglich gebunden und das Geld für das Grundstück fließt, wenn eine Baugenehmigung vorliegt.

### ***Fazit***

**Das derzeitige undurchsichtige Vorgehen der Stadt in Sachen Stadtmuseum ist eine Verschwendung von Steuergeldern und ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Dies wollen wir mit einem Bürgerbegehren verhindern.**

## ***Gemeinwohl hat Vorfahrt – Privatisierung stoppen!***



Bürgerinitiative für den Erhalt  
öffentlichen Eigentums

Die „Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums in Wiesbaden“ ist ein parteiunabhängiger Zusammenschluss von Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern, die sich für den Erhalt kommunalen Eigentums und die Rückführung von privatisierten oder privatrechtlich organisierten kommunalen Gesellschaften in parlamentarisch kontrollierte kommunale Eigenbetriebe einsetzen.

Deshalb fordern wir unter anderem:

- Die Wirtschaftstätigkeit der Stadt soll dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge dienen.
- Keine weiteren Privatisierungen und die Rückführung der kommunalen Aktiengesellschaften, GmbHs und gemeinnützigen GmbHs in kommunale Eigenbetriebe
- Der Irrweg neoliberaler Finanzierungsmodelle wie Private Public Partnership (PPP) zum Schaden des Gemeinwesens muss beendet werden!
- Die Stadt Wiesbaden soll im Schulterschluss mit anderen Kreisen und Gemeinden eine der Aufgabenlast entsprechende Finanzausstattung bei Bund und Land einfordern und dem Kaputt-Sparen eine klare Absage erteilen!
- Wer zur Schuldenbremse ja gesagt hat, muss heute für die notwendigen Einnahmen aller Gebietskörperschaften sorgen!
- Öffentlichkeit, Transparenz und vorherige, ergebnisoffene Diskussionen aller Fragen des kommunalen Eigentums
- Politische Kontrolle des kommunalen Wirtschaftens durch die gewählten VolksvertreterInnen und die Öffentlichkeit

---

Bürgerinitiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“

c/o Hans-Georg Heinscher  
Untere Matthias-Claudius-Str. 12, 65185 Wiesbaden  
**E-mail: [post@gemeinwohlhatvorfahrt.de](mailto:post@gemeinwohlhatvorfahrt.de)**  
**Internet: [www.gemeinwohlhatvorfahrt.de](http://www.gemeinwohlhatvorfahrt.de)**

Spendenkonto:

B. Forßbohm NASPA Wiesbaden,

IBAN DE 31 5105 0015 0100 4133 35, BIC NASSDE55XXX

Stichwort: „Bürgerbegehren“